

WKÖ: Abschaffung der Studienbeiträge ist sozialpolitische Mogelpackung

Utl.: Landertshammer: Studienbeihilfebezieher bekommen
Studienbeiträge ohnehin ersetzt - Aufstockung der
Medizin-Studienplätze würde vorhandene Infrastruktur sprengen =

Wien (PWK670) - Sollten Grüne, FPÖ und SPÖ tatsächlich die Abschaffung der Studienbeiträge für Österreicher und EU-Bürger beschließen, wird der Studienbeitrag von rund 365 Euro nur noch von Drittstaatsangehörigen und jenen Studenten bezahlt werden, die die Mindeststudiendauer um mehr als zwei Semester pro Abschnitt überschreiten. Dabei soll es angeblich Ausnahmen für berufstätige Studenten geben, die länger brauchen dürfen. Ziel ist im Wesentlichen die Herstellung des Zustandes vor Einführung der Studienbeiträge im Jahr 1992.

Michael Landertshammer, Leiter der Abteilung für Bildungspolitik in der Wirtschaftskammer Österreich, kann diesem Vorschlag, der seiner Meinung nach offensichtlich die Realität der positiven Erfahrungen der letzten Jahre ignoriert, nichts abgewinnen. "Entgegen anderslautenden Mutmaßungen hat die Einführung der Studienbeiträge zu keinem nachhaltigen Absturz der Studierenden und Studienanfängerzahlen geführt. Vielmehr ist der Anteil der Studierenden am Geburtenjahrgang sogar größer als vor der Einführung der Studienbeiträge. Darüber hinaus nehmen die Studierenden nicht nur vermehrt die Leistungen ihrer Hochschulen in Anspruch, sondern treten mehr als in der Vergangenheit auch zu Prüfungen an. Das Ergebnis ist ein effizient gestaltbares Studium mit kürzeren Studienzeiten - ein Erfolg, den auch die gewohnt kritische OECD in der aktuellen Ausgabe des Studie 'Education at a Glance' dem österreichischen Bildungswesen bescheinigt hat."

"Dieser Erfolg wäre mit dem Entfall von Studienbeiträgen gefährdet", warnt Landertshammer und weist darauf hin, dass im Sinne der sozialen Treffsicherheit staatlicher Förderleistungen Studienbeihilfenbezieher ohnehin die Studienbeiträge ersetzt bekommen. Eine Maßnahme die naheliegender Weise im Falle einer Abschaffung zurückgefahren werden müsste und von den Studierenden als Kürzung empfunden würde. Schließlich macht er darauf aufmerksam, dass auch die Hochschulen kaum widerspruchslos auf die Einnahmen durch die Studienbeiträge verzichten können.

Weitere Details des rot-blau grünen Uni-Pakets entspringen nach Auffassung der WKÖ weniger dem Wunschdenken als vielmehr dem bedingungslosen Kampf um (junge) Wählerstimmen, der jeden konstruktiven Dialog erschwert: So ist beispielsweise die geforderte Aufstockung der Studienplätze für Mediziner um 60 Prozent nicht einmal mit Geld realisierbar, da die notwendige räumliche und personelle Infrastruktur nicht vorhanden ist. "Solche Forderungen wie Abschaffung von Zulassungsbeschränkungen ignorieren die Möglichkeiten eines anspruchsvollen Hochschulbetriebs und vernichten sowohl die Qualität des Hochschulstudiums als auch die beruflichen Möglichkeiten der Absolventen", ist Landertshammer überzeugt.

Und dass der Wegfall der Studienbeiträge schließlich als "Sozialmaßnahme" verkauft wird, hält der Bildungsexperte geradezu für einen klassischen Fall einer sozialpolitischen Mogelpackung: "Hauptnutznießer des gebührenfreien Hochschulzugangs waren nämlich niemals die sozial Schwächeren, sondern die eher wohlhabenden Eltern studierender Kinder." (Ne)

Rückfragehinweis:

~

Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Bildungspolitik
Dr. Michael Landertshammer
Tel.: (++43) 0590 900-3573
Fax: (++43) 0590 900-261
<mailto:bp@wko.at>
<http://wko.at/bp>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0180 2008-09-16/11:57

161157 Sep 08

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080916_OTS0180